

Tour pour l'Afrique - Visitez les profiteurs!

June 9, 2017

Fahrradrallye gegen die G20- Afrika-Konferenz
Bike rally against the 'G20-Africa-Conference
Rallye à vélo contre la Conférence du G20-Afrique

Auftakt

Grußbotschaft des African Centre for Biodiversity
Greeting note by African Centre for Biodiversity

Weder Glyphosat noch andere Pestizide im Essen!
No glyphosate nor any other pesticides in our food!

Bäuerlicher Widerstand in Afrika

Deutsche Bank - Bei jeder Sauerei dabei

Ausverkauf der Ackerböden
Le bradage des terres agricoles fertiles

Baumwolle in Afrika

Gedicht: Das Selbstbewusstsein des Kolonisierten

Discours sur les accords de partenariat économique

Greeting note: Women in Exile Against African partnership



Fotos/pics: Lupo Finto/Umbruch-Bildarchiv

Start: Bayer



Auftakt

Liebe Leute,

schön, dass ihr so zahlreich da seid! Ich begrüße euch im Namen der Freund*innen des 17. April und von Afrique-Europe-Interact.

Heute besuchen wir Bayer und andere Profiteure und verantwortliche Institutionen, die für die Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft in Afrika verantwortlich sind.

Die großen Konzerne lockt ein riesiger Wachstumsmarkt für Saatgut, Düngemittel und Landmaschinen. Es sollen eine „grüne Revolution“ und der „Freihandel“ angekurbelt werden. Verschiedene Treffen im Rahmen der deutschen G20-Präsidentschaft sollen afrikanische Regierungen unter Druck setzen. In Afrika produzieren die Bäuerinnen und Bauern bisher überwiegend in kleinteiliger Produktionsweise für den Eigenverbrauch und für lokale und regionale Märkte. Die dominanten G20 Staaten drängen darauf, dort eine großflächige industrielle Landwirtschaft durchzusetzen. Bereits jetzt werden für Mega-Projekte Kleinbäuerinnen und -bauern von ihrem Land vertrieben. Das bäuerliche Saatgut soll verschwinden, Hybridsaaten und gentechnisch veränderte Sorten sollen angebaut werden.

2008 haben Wissenschaftler*innen, bäuerlichen Aktivist*innen und Unternehmensvertreter*innen einen Weltagrarbericht vorgelegt. Darin wird die Mär von der Überlegenheit der industriellen Landwirtschaft klar widerlegt. Am Montag und Dienstag findet in Berlin die G20 Afrika Konferenz statt. Dagegen protestieren wir heute.



**Keine Expansion der Agrar-und Ernährungsindustrie: Nirgendwo!
Agrarökologische und bäuerliche Landwirtschaft stärken!
Ernährungssouveränität statt Freihandel!
Für Bewegungsfreiheit und selbstbestimmtes Leben!**

**No expansion of industrial agriculture or food conglomerates,
in Africa or anywhere!
Strengthen agroecological projects and local agriculture!
Food sovereignty instead of free trade!
For freedom of movement and the right to a self-determined life, now!**

**Pas d'expansion de l'industrie agro-alimentaire: Nulle part!
Soutien de l'agriculture écologique et des petits paysans!
Souveraineté alimentaire à la place du libre échange!
Pour la libre circulation des personnes et une vie librement choisie!**

Grußbotschaft des African Centre for Biodiversity (ACB)

**G20, bitte unterstützt afrikanische Kleinbäuer*innen und nicht
Privatunternehmen!**

Wir, die Repräsentant_innen von afrikanischen Zivilgesellschaften und bäuerlichen Vereinigungen, sind müde vom kontinuierlichen Angriff auf unsere landwirtschaftlichen Systeme. Die G20-Vereinbarungen zu Landwirtschaft und Handel passen nicht zu afrikanischen Landwirtschaftssystemen. Sie zielen auf Investitionen durch Public-Private Partnerships (PPP) für eine „Grüne Revolution“ in Afrika ab. Sie sind ein Abbild eines globalen Kapitalismus, in dem es immer mehr Druck gibt, Produkte der „Grünen Revolution“ einzusetzen. Das sind insbesondere Hybridsaatgut und genmanipuliertes Saatgut und damit verbundene Chemikalien wie synthetische Düngemittel und Pestizide. Sie werden von internationalen Konzernen wie Bayer verbreitet.

Ihr Einsatz schädigt die nachhaltigen Landwirtschaftssysteme Afrikas und besonders die landwirtschaftliche Biodiversität. Und sie schädigen von Bäuerinnen und Bauern verwaltete Saatgut-Systeme auf dem Kontinent. Es ist wichtig hervorzuheben, dass 80% des Saatguts in Afrika noch immer bäuerliches Saatgut ist. Das basiert auf einem System, in dem das Saatgut durch Nachbau und durch Austausch zwischen Bäuerinnen und Bauern produziert und verbreitet wird. Es sichert den freien Austausch von genetischem Material und trägt so zur Entwicklung von lokal angepasstem Saatgut und zur Vielfalt von Nutzpflanzen bei, die bestmöglich an die Umwelt angepasst sind.

Regierungen und Agrarunternehmen wollen diese Systeme umstrukturieren. Sie wollen die Produktion und den Vertrieb von Hohertragssorten ermöglichen, um die Ernteerträge in Afrika zu erhöhen. Durch die Schaffung von privatunternehmensfreundlichen Bedingungen haben sie eine restriktive intellektuelle Eigentums-Politik in Kraft gesetzt. Sie lenken die finanzielle Förderung weg von öffentlichen Forschungsinstitutionen hin zu privater Forschung. Diese Forschung produziert nur wenige wirtschaftlich lukrative Pflanzen und senkt so die landwirtschaftliche Biodiversität.

Wir sind besorgt über die schnelle Konzentration in den kommerziellen Saatgut- und Agro-Chemie-Sektoren, weltweit und in Afrika. Ein Beispiel ist die Fusion von Bayer-Monsanto. Das Ziel der Unternehmen ist es, sich weiter zu bereichern und Gewinn aus geistigem Eigentum zu schlagen: Durch Patente auf herstellereigene Technologien, durch die Kontrolle von landwirtschaftlicher Big Data und durch die Erschließung neuer Märkte für ihre Produkte. Das befördert Monopole im Saatgut- und Agro-Chemie-Sektor. Diese umfassende, aggressive „Grüne Revolution“ vergrößert die Abhängigkeit von Konzern-Saatgut und agro-chemischen Produkten auf dem ganzen Kontinent. Außerdem hat sie große Folgen für Kleinbäuerinnen und Bauern. Das gilt besonders für Frauen, die den Kontinent v.a. ernähren und das Saatgut und die landwirtschaftliche Biodiversität hüten.

Die Fusionen werden die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaftssysteme deutlich beeinflussen. Sie werden nachhaltigere Methoden marginalisieren, wie beispielsweise eine agrarökologische Anbauweise, die von immer mehr bäuerlichen Organisationen eingefordert wird.

Wir appellieren an die G20-Staaten sicherzustellen, dass sie afrikanische Bäuerinnen und Bauern und nicht Privatunternehmen unterstützen. In ihren Erwägungen sollten sie die Agrarökologie als Konzept für die zukünftige Landwirtschaft auf dem afrikanischen Kontinent an erste Stelle setzen. Außerdem sollten sie sicherstellen, dass die von Bäuerinnen und Bauern verwalteten Saatgut-Systeme in Afrika unterstützt werden. Diese bieten geeignetere Lösungsansätze an, um Armut, Ernährung, Risiko-Management / Widerstandsfähigkeit und Klimawandel zu begegnen.



Statement by African Centre for Biodiversity (ACB)

G20, please support African Smallholders and not Private Corporations!

We the representatives of African civil societies and farmers associations are tired of the continuous onslaught of our agricultural systems. The G20 agreements on agriculture and trade which focuses on investments through public, private and partnerships (PPP) towards a 'green revolution' in Africa is not suitable for African agricultural systems. In fact, this portrays global capitalism where there is increased push on the use of 'green revolution' inputs especially hybrid & GMOs seeds and associated chemicals such as synthetic fertilisers and agrochemicals disseminated by international corporations such as Bayer. These demean Africa's sustainable agriculture systems and in particular agricultural biodiversity and farmer managed seed systems on the continent. It should be noted that 80% of all seed in Africa is still produced and disseminated through farmer managed seed systems, through on-farm and seed saving and exchange among farmers. This system ensures the free flow of genetic material, thus contributing to the development of locally appropriate seeds and to the diversity of crops best suited to the environment. The government and agribusiness agenda is to restructure these systems to enable the production and distribution of improve seeds as part of the objective of increasing agricultural yields in Africa. This through 'creating and enabling environment for private companies' they have placed restrictive IP policies and directed funding away from public research institutions to private research which produce a few commercial viable crops that limit agricultural biodiversity.

We are concerned of the rapid concentration in the commercial seed and

agrochemical sectors globally and Africa such as the recently approved Bayer-Monsanto merger in South Africa. The aim of these companies is to further enrich themselves and make profit from intellectual property by owning proprietary technologies, controlling big agricultural data and finding new markets for their products. This increases the monopoly of a few companies in the seed and agrochemical sector and further deepens the dependency on corporate seed and agrochemical inputs that will result from this extensive, aggressive 'green revolution' across the continent. Furthermore, it has major implications of smallholder farmers, and particular women, who feed the continent and the custodians of seed and agrobiodiversity. The mergers will further entrench the future direction of the farming system and marginalize more sustainable methods such as agroecology that is increasingly being called for by organisations representing smallholder African farmers.

We urge the G20 to ensure that they support African farmers and not support private corporations. In their deliberations they should put agroecology first as the solution to the future farming of the African continent. Furthermore, they should ensure that support is directed to strengthening farmer managed seeds systems in Africa, which is a more viable solution in dealing with poverty, nutrition, risk management/resilience and climate change.

Wir sind hier vor Bayer, einem der weltweit größten Produzenten von Kunstdünger und Pestiziden. Bayer schickt sich an, den berüchtigten Saatgutkonzern Monsanto zu schlucken.



Weder Glyphosat noch andere Pestizide im Essen!

Wir wollen weder Glyphosat noch andere Pestizide in unserem Essen. Doch wenn es gelingen sollte, die Pestizidmenge in Europa zu reduzieren, darf das nicht durch die Erschließung neuer Märkte in Afrika wieder ausgeglichen werden. Bisher haben sich über 900.000 Menschen an der Europäischen Bürgerinitiative für ein Glyphosatverbot und eine pestizidarme Landwirtschaft ausgesprochen. Aber was wir brauchen, ist ein Schrumpfen der Produktion von Ackergiften, nicht eine Verlagerung der Absatzmärkte in den globalen Süden.

Die von der Bill & Melinda Gates Stiftung mit gegründete Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika gibt es seit 11 Jahren. Heute sehen wir deutlicher denn je den Schulterchluss zwischen diesem Wegbereiter für eine pestizid-getränkte Landwirtschaft in Afrika, einer als „Entwicklungshilfe“ getarnten Subventionierung von Chemie- und Saatgutkonzernen und deren Expansion auf neue Märkte. Wenn Monsanto von Bayer geschluckt wird, wird die Gates-Stiftung, die Monsanto-Aktien im Wert von hunderten Millionen Dollar hält, Großaktionär bei Bayer. Nicht, dass Bayer ohne die Gates-Stiftung ein besserer Konzern wäre, aber damit schließt sich der Kreis. Angeblich geht es ihnen um eine „Welt ohne Hunger“ – dem deutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, den Milliardenstiftungen und den Großkonzernen. Doch Hunger entsteht durch Armut und Armut wird weder durch Gentechnik noch durch Pestizide beseitigt.

Richtig, so schafft man Reichtum, und zwar Reichtum für wenige, während die anderen künftig nicht nur weiter hungern, sondern außerdem auch vergiftet werden.

Keine Grüne Revolution in Afrika!

Stopp Bayer-Monsanto!

Glyphosat verbieten – bei uns und überall!

No glyphosate nor any other pesticides in our food!

We don't want glyphosate nor any other pesticides in our food. But in case we would succeed in reducing the amount of pesticides in Europe this must not be compensated by opening new markets in Africa. So far 900.000 people have signed the European Citizen Initiative for ban of glyphosate and an agriculture using no or minimal pesticides. However, what we need is a decrease in production of these agricultural poisons, not a transfer of the sales markets into the global South.

Since 11 years, an "Alliance for a Green Revolution in Africa" is existing. Today more than ever we can see the collaboration between this alliance which is paving the way for an African agriculture soaked in pesticides, subsidies for the chemical and seed industry disguised as "development aid" and the

expansion of new markets. The Bill & Melinda Gates Foundation holding Monsanto shares worth hundreds of millions of dollars will become a major shareholder of Bayer once the merger between Bayer and Monsanto is completed. Not that Bayer would be a better corporation without the Gates Foundation, but this would close the circle. Allegedly they want a "World without hunger" - the German Ministry for Economic Cooperation, the billionaires' foundations and the multinational corporations. But hunger is caused by poverty, and poverty is neither eradicated by transgenic seeds nor by pesticides.

Correct, this creates wealth, but wealth for the few, while the others not only continue to starve, but in addition are poisoned.

NO Green Revolution for Africa!

Stop Bayer-Monsanto!

Ban Glyphosate - here and everywhere!

Bäuerlicher Widerstand in Afrika

Bayer und andere Konzerne erklären sich zu Rettern der afrikanischen Kleinbäuer*innen. Mit den angeblichen Segnungen der industriellen Landwirtschaft würde es ihnen besser gehen. Die tatsächlichen Bedürfnisse der Kleinbäuer*innen interessieren sie nicht. In den letzten 15 Jahren wehren sich bäuerliche Bewegungen und Bürgerbewegungen zunehmend gegen die Zerstörung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in Afrika.

Dazu einige Beispiele

Kamerun 2003: Angesichts des zunehmenden Imports von Geflügelfleisch aus der EU bildet sich

eine Bürgerbewegung - Association Citoyenne des interets collectifs. Über mehrere Jahre kämpfen Bäuer*innen und Konsument*innen gegen die 'Hähnchen des Todes'. Sie setzen schließlich erfolgreich ein Importverbot wie auch Programme staatlicher Unterstützung der Kleinbäuer*innen durch.

Auch in Ghana, Nigeria, Senegal und der Elfenbeinküste gibt es seit 2003 erheblichen Widerstand gegen die Fleischimporte. Auch dort gelingt es, Importverbote bzw. Zollerhöhungen durchzusetzen, die den Import zumindest einschränken.

Mali 2003: Bäuerliche und zivilgesellschaftliche Bewegungen sammeln 800.000 Unterschriften für eine Klage bei der WTO, der Welthandelsorganisation, gegen die subventionierte Dumping-Baumwolle aus den USA und der EU.

Mali 2007: Benannt nach einer legendären malischen Bäuerin findet dort das Nyeleni-Forum statt: Mehr als 500 Delegierte aus 80 Ländern, darunter viele

afrikanische, verabschieden eine Erklärung zugunsten einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft. In ihrem Mittelpunkt steht das von La Via Campesina entwickelte Konzept der Ernährungssouveränität: das heißt, das Recht aller Gemeinschaften, selbst über Ernährung und Landwirtschaft zu bestimmen.

Mali: In den letzten Jahren gibt es im Office du Niger, einer sehr fruchtbaren Region im Nigerdelta, zahlreiche Kämpfe gegen Landraub und Vertreibung.

Vor allem in den westafrikanischen Ländern gibt es einen jahrelangen Widerstand gegen die Freihandelsabkommen mit der EU. Er richtet sich auch gegen die Kommerzialisierung von Saatgut und die Einschränkungen der Nutzung traditionellen Saatguts.

Burkina Faso 2016: Der jahrelange Widerstand von bäuerlichen Organisationen gegen den Anbau genmanipulierter Baumwolle von Monsanto ist erfolgreich: Die Regierung entscheidet, die Zusammenarbeit mit Monsanto zu beenden. Die Hoffnungen vieler Bäuer*innen, damit bessere Einkommen zu erzielen, hatten sich nicht erfüllt.

**Diesen Widerstand gegen die industrialisierte Landwirtschaft wollen wir stärken: In Afrika, hier bei uns, überall!
Für eine agrarökologische bäuerliche Landwirtschaft!
Ernährungssouveränität statt Freihandel!**



Station 2: REWE

Zu den Profiteuren gehören auch die großen Supermarktketten. Deshalb protestieren wir hier vor dem Supermarkt. ...



Station 3: Deutsche Bank/ KfW

Wir sind hier vor der Deutschen Bank, gleich 100 Meter weiter ist der Sitz der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (kurz KfW). Auf dem ganzen afrikanischen Kontinent finden massive Landnahmen statt und es wird mit Nahrungsmitteln spekuliert. Dabei spielen die Deutsche Bank und die KfW eine wichtige Rolle.

Deutsche Bank – Bei jeder Sauerei dabei

Viele von euch kennen den Mann mit dem Victory-Zeichen, Josef Ackermann den ehemaligen Chef der Deutschen Bank. Er wurde berühmt durch das Foto, als er wegen seiner krummen Geschäfte im Zuge des Verkaufs des Mannesmannkonzerns vor Gericht stand. Natürlich wurde er freigesprochen.

Ackermann wurde aber auch berühmt, weil er von seinen Bankern eine jährliche Rendite von 25 % verlangte. Ein paar Jahre schaffte das auch die „Bank des Vertrauens“. Nur wurden ihre Geschäfte und Investitionen immer windiger. Gemeinsam mit anderen Bankenmultis manipulierten die Banker den Eurozinssatz

Libor oder verdienten an der us-amerikanischen Immobilienkrise Milliarden. Beim erst kürzlich aufgedeckten systematischen Steuerbetrug mit illegalen Aktiendeals geht es um mehr als 30 Milliarden Euro!! Immer an führender Stelle dabei: die Deutsche Bank.

Doch heute will ich kurz auf zwei weniger beachtete Geschäftsfelder hinweisen, die Nahrungsmittelspekulation und das Landgrabbing. Vor drei Jahren geriet die Deutsche Bank in die Schlagzeilen, weil sie über Jahre mit sogenannten Rohstoff-Indexfonds auf steigende oder sinkende Preise von Agrarrohstoffe spekuliert hatte. Gerade in Zeiten größere Hungersnöte steigen sehr häufig in Afrika, Asien und Lateinamerika die regionalen und überregionalen Nahrungsmittelpreise. Das liegt unter anderem an den Spekulationsgeschäften der deutschen Banker an der Chicagoer Terminbörse, wo zu Zeiten von Hungerkrisen auf steigende Agrarpreise spekuliert wird. Und wenn die Preise steigen, wirkt sich das verheerend aus. So muss ein Durchschnittshaushalt in Nigeria 70% seines Einkommens für Lebensmittel ausgeben, in Deutschland sind das nur 13 %. Stellt euch das mal vor, wenn der Hirsepreis wegen der aktuellen Hungerkrise in Ostafrika durch die Decke schießt: dann sind auch die Menschen in weit entfernten Zentralafrika massiv davon betroffen.

Einige deutsche Banken wie die Sparkassen und die Commerzbank kündigten vor drei Jahren an, aus der Nahrungsmittelspekulation aus zu steigen. Nicht so die Deutsche Bank und die Allianz-Versicherung. Sie machen weiter.

Beim Landgrabbing geht es weltweit um die Industrialisierung der Landwirtschaft und die Vertreibung bzw. Vernichtung der kleinbäuerlichen Agrarwirtschaft. Laut Oxfam sind in den letzten 20 Jahren mehr als 200 Millionen ha aufgekauft worden. Nebenbei ist das mehr als die sechsfache Fläche der BRD! Der größte Landbesitzer weltweit ist der Shellkonzern. Aber auch die Deutsche Bank hat über ihren Investmentfond DWS Beteiligungen von über 3 Millionen ha. Der Fonds investiert in das „grundlegendste menschliche Bedürfnis: Essen“, wie auf seiner homepage steht - und er garantiert seinen Anlegern eine Rendite von 15%.

Besonders stark vertreten ist DWS in einigen afrikanischen Ländern wie Gabun, Sambia, Kongo oder Tansania. So werden in Gabun auf 300.000 ha Ölpalmen gepflanzt, in Tansania auf 5000 ha Braugerste produziert. DWS kauft auch ganze Höfe in Sambia oder Tansania auf, um dort Agrarrohstoffe für den Export anzubauen. Das Land gehörte zuvor zumeist KleinbäuerInnen, die ohne einen Cent Entschädigung mit staatlicher Unterstützung vertrieben wurden.

Für die Banker und ihre Tochtergesellschaften gibt es kein Recht auf ein Leben in Würde und auf Ernährungssouveränität. Für die Herrn in Schlips und Kragen gibt es nur das Recht auf Profit!

Die Deutsche Bank ist und bleibt eine der größten kriminellen Vereinigungen der Welt!!



Ausverkauf der Ackerböden

Seit 2007 ist der Ausverkauf fruchtbarer Ackerböden an Banken, Investmentfonds und Konzerne explodiert. Für mehrere Hundert Millionen Kleinbauern und -bäuerinnen, FischerInnen und ViehhirtInnen könnte dies den Verlust ihrer Existenzgrundlagen bedeuten. Rund 75 Prozent des Landgrabblings erfolgt mittlerweile in Afrika - 66 Prozent der Landgrabbingeschäfte dienen der Produktion von Agrosprit für den europäischen und US-Markt. Betroffen sind mindestens 23 Länder in sämtlichen Teilen des Kontinents, darunter auch krisengeschüttelte Staaten wie die D.R. Kongo, Süd-Sudan oder Äthiopien.

Viele dieser Landgrabbing-Geschäfte wären nicht möglich, wenn die Investoren nicht Kredite von Banken erhalten würden, darunter auch so genannte Entwicklungsbanken wie der KfW - der Kreditanstalt für Wiederaufbau, vor der wir gerade stehen. Um deutlich zu machen, was das konkret bedeutet, möchte ich zwei Beispiele benennen:

Beide Beispiele betreffen die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft in Köln - abgekürzt DEG: Die DEG ist eine hundertprozentige Tochter der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die sich selbst zu 100 Prozent im Besitz der Bundesrepublik Deutschland befindet. Nur wenige kennen hierzulande diese bereits 1962 gegründete Institution, doch ihr Geschäftsvolumen ist enorm. Die DEG ist gemeinnützig, ihr offizieller Auftrag lautet, private Unternehmen in so genannten Entwicklungs- und Schwellenländern zu

fördern. Laut Bundesregierung bewegt sich die Arbeit der DEG im Rahmen der entwicklungspolitischen und menschenrechtlichen Grundsätze der Bundesregierung - doch genau hieran sind erhebliche Zweifel angebracht.

So hat die schweizerische Bioethanol-Firma Addax Bioenergy mit Hilfe eines DEG-Kredits in Sierra Leone 57.000 Hektar Land gepachtet - das sind 60.000 Fußballfelder. Ziel war die Produktion von Biodiesel auf der Basis von Zuckerrohr. Doch das Unternehmen ist 2015 pleite gegangen. Zahlreiche Dörfer, die ihre Land verpachtet hatten, erhalten jetzt nichts mehr für ihr Land, obwohl ihre Land zerstört wurde. Etwa 1130 Festangestellte verloren ebenso ihre Arbeit wie rund 1100 Saisonkräfte. Gleichzeitig wurden zahlreiche Wasserstellen zerstört, so dass die Menschen jetzt kilometer weit bis zur nächsten Wasserstelle laufen müssen. Gleichzeitig will die Bundesregierung bis heute nichts von Problemen wissen. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken im Bundestag wurde Addax noch 2016 als Paradebeispiel gelungener Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung gelobt - obwohl das Unternehmen damals schon pleite war.

Ich komme zum zweiten Beispiel: Seit 2010 haben die beiden von Afrique-Europe-Interact unterstützten Dörfer Sanamadougou und Sahou in Mali fast ihre gesamten Ackerflächen durch Landgrabbing verloren. Bemerkenswert ist, dass der dafür verantwortliche Investor Modibo Keita hat von der DEG zwei Kredite erhalten hat - indirekt über eine Beteiligung der DEG an der Malischen Agrarbank Banque Nationale de Développement Agricole (BNDA). Hinzu kam, dass auch die Afrikanische Entwicklungsbank, an der Deutschland ebenfalls beteiligt ist, Kredite an Modibo Keita gegeben hat. Lange hat die Bundesregierung das Projekt verteidigt, doch nach zahlreichen Protesten von Afrique-Europe-Interact hat Deutschland durch seinen Sitz im Vorstand der Afrikanischen Entwicklungsbank eine Untersuchung durchgesetzt. Ergebnis ist, dass auch die Afrikanische Entwicklungsbank mittlerweile sagt, dass das Land von Sanamadougou und Sahou zu Unrecht enteignet wurde. Gleichzeitig sagt die Afrikanische Entwicklungsbank aber auch, dass das Land nicht zurückgegeben werden könne, da nach malischen Gesetzen alles korrekt verlaufen sei.

Es gäbe noch zahlreiche weitere Beispiele, wo es im Zusammenhang mit Projekten der KfW zu Landgrabbing gekommen ist. Als Afrique-Europe-Interact fordern wir von der Bundesregierung deshalb zwei Dinge: Zum einen muss die Bundesregierung überall dort den notwendigen Druck entfalten, wo es direkte oder indirekte Geschäftskontakte mit Unternehmen gibt, die in Landgrabbing verwickelt sind. Zum anderen ist die Förderung agrarindustrieller Großunternehmen grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen, gerade in ökonomisch schwachen Regionen wie Westafrika. Denn es ist hochgradig paradox, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zwar sinnvolle Bewässerungsprojekte für Kleinbauern und -bäuerinnen in einem Land wie Mali unterstützt (im Übrigen auch in der Region von Sanamadougou und Sahou), gleichzeitig aber durch Kredite an das Agrobusiness der buchstäblichen

Zerschlagung kleinbäuerlicher Existenzgrundlagen massiv Vorschub leistet.



Le bradage des terres agricoles fertiles

Depuis 2007, le bradage des terres agricoles fertiles aux banques, aux fonds d'investissement et aux multinationales explose. Pour des centaines de millions de petits paysans, pêcheurs et bergers, ceci pourrait mener à la perte de leur moyens d'existence. Près de 75 % de l'accaparement des terres a lieu entre temps en Afrique, dont 66 % du commerce du pillage des terres sert à la production d'agrocarburant pour les marchés européens et américains. Au moins 23 pays y sont touchés, répartis sur de grandes surfaces sur tous les continents, dont des pays en crise tels que la République démocratique du Congo, le sud du Soudan ou l'Éthiopie.

De nombreux business d'accaparement de terres ne seraient possibles sans l'accord de crédits bancaires aux investisseurs, délivrés par des instituts tels que les dénommées Banques de développement, comme le KfW, l'institut de crédit pour la reconstruction. Voici concrètement deux exemples:

Les deux exemples concernent la Société Allemande d'Investissement et de Développement à Cologne (DEG en allemand). La DEG est à 100% une filiale fille de l'institut de crédit pour la reconstruction (KfW), qui appartient lui-même à 100% à la République Fédérale d'Allemagne. Peu de personnes en Allemagne connaissent cet institut fondé pourtant dès 1962 et dont le volume d'affaires est énorme. La DEG est à but non lucratif, sa mission officielle consiste à promouvoir les entreprises privées dans les dénommés Pays de développement et les Pays d'économies émergentes. Selon le gouvernement fédéral, le travail de la DEG s'aligne avec les principes du gouvernement fédéral en matière de politique de développement et du respect des droits de

l'Homme. C'est justement à ce propos que d'énormes doutes y sont émis.

C'est ainsi que la société suisse de Bioéthanol Addax Bioenergy, avec l'aide de crédits de la DEG, a réussi à obtenir un bail pour 57.000 hectares de terres en Sierra Leone, soit l'équivalent de 60.000 terrains de foot! Le but était de mettre en place une production de diesel bio fabriqué à partir de la canne à sucre. Mais l'entreprise a fait faillite en 2015. De nombreux villages, dont leurs terres avaient été données en bail, n'obtiennent absolument rien en échange, même si leurs terres ont été ravagées. Environ 1130 employé-e-s ont également perdu leur travail, ainsi qu'environ 1100 travailleurs-euses saisonniers-ères. De plus, de nombreuses sources d'eau ont été détruites, ce qui oblige les personnes à parcourir à présent plusieurs kilomètres pour accéder aux prochains puits. Le gouvernement fédéral ne veut rien entendre à ce sujet. Dans une réponse faisant suite à une requête déposée par les Linke (parti de gauche allemand) au parlement en 2016, l'entreprise Addax était encore louée de compliments et montrée comme étant l'exemple même d'un résultat conciliant les attentes sociales et environnementales; alors que l'entreprise avait déjà fait faillite à l'époque.

Deuxième exemple: depuis 2010, les deux villages en lien avec Afrique-Europe-Interact, Sanamadougou et Sahou au Mali, ont perdu presque toutes leurs terres à cause de l'accaparement des terres. Il est intéressant de souligner que l'investisseur responsable, Modibo Keita, a reçu deux crédits de la DEG, indirectement, grâce à la participation de la DEG dans la Banque Nationale de Développement Agricole (BNDA) au Mali. A cela s'ajoute que la banque de développement africaine, à laquelle l'Allemagne participe aussi, a également attribué des crédits à Modibo Keita. Longtemps, le gouvernement fédéral d'Allemagne a défendu ce projet. En raison de nombreuses protestations d'Afrique-Europe-Interact, l'Allemagne a finalement exigé le lancement d'une enquête, grâce à sa place dans le comité directeur de la Banque africaine de développement. Résultat: la Banque africaine de développement dit également aujourd'hui que les terres de Sanamadougou et Sahou ont été déposées à tort. Mais elle déclare également que les terres ne peuvent pas être rendues, puisqu'elles ont été correctement vendues selon la loi malienne.

Il y aurait encore de nombreux exemples à citer montrant le lien entre des projets du KfW et des accaparements de terres. C'est pourquoi, en tant qu'Afrique-Europe-Interact, nous réclamons deux choses du gouvernement allemand: d'une part, le gouvernement allemand doit exercer une pression nécessaire partout où il le faut, où il y a des contacts directs ou indirects d'affaires financières avec les entreprises impliquées dans des accaparements de terres. D'autre part, l'encouragement de grandes entreprises agro-industrielles est à revoir, en particuliers dans les régions économiques faibles comme l'Afrique de l'ouest. C'est en effet tellement paradoxal que la coopération allemande du développement soutiennent d'un côté des projets

judicieux d'irrigation pour les petits paysans et paysannes dans un pays tel que le Mali (du reste également dans la région de Sanamadougou et Sahou), mais de l'autre qu'elle contribue littéralement, à travers l'accord de crédits dans le commerce agroalimentaire, à la destruction des ressources paysannes.

Station 4: H&M



Baumwolle in Afrika

Hallo, schönen guten Tag, ich bin bei Afrique-Europe-Interact aktiv, einem transnationalen Netzwerk, an dem Basisgruppen aus einigen west- und nordafrikanischen Ländern und aus einigen europäischen Länder beteiligt sind.

Wir demonstrieren heute unter anderem gegen die Zerstörung kleinbäuerlicher Landwirtschaft in Afrika. Denn die Behauptung ist falsch, wonach die agrarindustrielle Landwirtschaft die langfristige Lösung für Hunger und Armut in afrikanischen Ländern sei. Im Gegenteil: Selbst der bereits 2008 veröffentlichter Weltagrarbericht bestätigt, dass es die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen sind, die weltweit die meisten Nahrungsmittel produzieren. Und das will etwas heißen - denn der Weltagrarbericht wurde ursprünglich von der Weltbank initiiert, und gerade die Weltbank ist in erster Linie für Großprojekte bekannt, nicht aber dafür, kleinbäuerliche Landwirtschaft zu stärken. Entsprechend haben am Weltagrarbericht über 400 Wissenschaftler_innen aus 86 Ländern gearbeitet - in enger Kooperation mit

zahlreichen Regierungen und den Vereinten Nationen.

Und noch etwas hat der Weltagrarbericht festgestellt: Es sind die Kleinbauern und -bäuerinnen, die den Boden und somit das Klima schützen: Sie sorgen dafür, dass der Boden humusreich bleibt und somit klimaschädliches CO₂-Gas in großem Stil absorbieren kann, während die agrarindustrielle Landwirtschaft die Böden und Wälder kaputt macht, so dass diese nicht mehr als so genannte Senken, d.h. als Auffangbecken für überschüssiges CO₂ dienen können. Und auch verzichten die Kleinbauern und -bäuerinnen auf künstlichen Dünger oder Massentierhaltung, was deshalb wichtig ist, weil durch Kunstdünger und Massentierhaltung Klimagase entstehen, die den Planeten ebenfalls aufheizen.

Um so frustrierender ist es, dass die G20-Länder, die sich nächste Woche mit afrikanischen Regierungsvertreter_innen und Wirtschaftsvertreter_innen hier in Berlin treffen werden, auf Initiative der deutschen Bundesregierung große Privatinvestitionen in Afrika fördern wollen. Denn auf diese Weise wird unter anderem die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Afrika noch mehr unter Konkurrenzdruck durch die weltweite Agrarindustrie gesetzt.

Was das konkret heißt, kann man am Beispiel von Baumwolle sehen. Wir stehen hier vor H&M – einer jener weltweit operierenden Billigketten, deren Produkte unter anderem deshalb so billig sind, weil die Produzenten und Produzentinnen dieser Billigklamotten überwiegend Hungerlöhne erhalten. Und das gilt auch für H&M, unabhängig davon, dass H&M bereits die eine oder andere kleine Verbesserung in diesem Bereich vorgenommen hat.

Konkreter: Baumwolle aus Westafrika hat eine hervorragende Qualität, entsprechend haben noch vor 10 Jahren über 10 Millionen Menschen in Westafrika von dem Anbau von Baumwolle gelebt. Doch diese Zeit ist vorbei: Denn seit dem Jahr 2005 musste ungefähr die Hälfte der Baumwollbauern und -bäuerinnen in Westafrika ihre Produktion von Baumwolle einstellen. Hintergrund ist, dass sie nicht gegen die agrarindustriell hergestellte Billigbaumwolle aus den USA anhalten konnten. Denn die USA unterstützt ihre 25.000 Baumwollbetriebe mit ca. 1,5 Milliarden US-Dollar jährlich. Das sind ca. 75.000 US-Dollar Subventionen für jeden einzelnen Betrieb. **Gleichzeitig** hat der IWF hoch verschuldeten westafrikanischen Baumwollländern wie Mali oder Burkina Faso untersagt, seine eigenen Baumwollbauern und -bäuerinnen zu unterstützen – denn das würde ja gegen die guten Regeln der freien Marktwirtschaft verstoßen. Ergebnis war, dass die westafrikanischen Baumwollbauern und -bäuerinnen ca. 20 Prozent weniger verdienen haben – und das mit der Konsequenz, dass sich die Hälfte von ihnen gezwungen gesehen hat, ganz aus der Baumwollproduktion auszusteigen und stattdessen Hirse oder Mais anzubauen, womit jedoch viel weniger Geld verdient werden kann. **Schließlich:** Wir ungerecht die globalen Ungleichgewichte sind, zeigt eine simple Rechnung: 75.000 US-Dollar pro Betrieb – um eine solche Summe als Reingewinn zu erwirtschaften, müsste ein westafrikanischer Baumwollbauer mehrere hundert

Jahre arbeiten.

Ich möchte zur Politik der G20-Länder zurückkommen, die sich nächste Woche hier in Berlin treffen werden und sodann nächsten Monat in Hamburg – wobei in Hamburg auch Typen wie Trump, Putin und Co. teilnehmen werden. Die von der Bundesregierung geforderten Investitionspartnerschaften zwischen Privatbetrieben aus den reichen Industrieländern und einzelnen afrikanischen Ländern sind alles andere als eine gute Idee!!! Denn am Ende werden solche Geschäftsmodelle nur zu weiteren Verdrängungen führen. Großbetriebe wollen billig produzieren und billig verkaufen, um möglichst große Marktanteile zu erzielen. Solidarität oder gleichberechtigter Austausch ist für sie ein Fremdwort. Das können wir am Beispiel der Baumwolle sehen, bei der es am Ende auch nur darauf ankommt, dass sie möglichst billig ist – und zwar auf Kosten der Bauern und Bäuerinnen, und natürlich auch auf Kosten des Weltklimas.

Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, von ihrer Politik der Investitionspartnerschaften loszulassen. Wir fordern auch, dass die EU und die USA endlich aufhören, ihre eigenen landwirtschaftlichen Betriebe zu unterstützen und gleichzeitig afrikanische Märkte mit landwirtschaftlichen und anderen Billigprodukten zu überschwemmen. Die afrikanischen Länder müssen eine Chance erhalten, sich selbst nach ihren eigenen Vorstellungen entwickeln zu können. Das geht jedoch nur, wenn die reichen Industrieländer endlich aufhören, diese Länder durch ungerechte Handelspolitik und andere wirtschaftspolitischen Maßnahmen immer wieder nach unten zu drücken.

Wir fordern deshalb nicht nur globale Gerechtigkeit, sondern auch globale Bewegungsfreiheit. Denn Migration und selbstbestimmte Entwicklung sind keine Gegensätze – ganz im Gegenteil: Sie gehören zusammen!!!

Station 5: Gedenktafel 1884/1885

Im Vorfeld der „G20- Afrika-Konferenz“ sprachen die Mächtigen aus Politik und Wirtschaft von Partnerschaft und Nachhaltigkeit, Entwicklung und Bekämpfung von Fluchtursachen.

Tatsächlich geht es ihnen darum, die Grenzen der Festung Europa ins Innere Afrikas zu verlagern und die Profitinteressen großer Konzerne zu bedienen. Schon einmal, 1884/85, fand in Berlin eine Afrika-Konferenz statt. Die Gedenktafel hier erinnert an die Opfer von Sklavenhandel, Kolonialismus und rassistischer Gewalt.

Damals ging es den Großmächten vorgeblich um die Beendigung des Sklavenhandels und einer sogenannten Zivilisierung des Kontinents.

Tatsächlich war die Konferenz damals vor allem ein wichtiger Meilenstein bei der Durchsetzung von Handelsinteressen der Kolonialmächte und der endgültigen Aufteilung Afrikas in Kolonien.

Michel Kayoya aus Burundi spricht in einem Gedicht darüber, wie in Afrika diese Konferenz wahrgenommen wurde. Es folgt ein Auszug aus diesem Gedicht:

Das Selbstbewusstsein des Kolonisierten

*Dieser Vertrag von Berlin hat mich lange gekränkt.
Jedes Mal, wenn ich auf dieses Datum stieß,
Empfand ich dieselbe Verachtung. (...)
Das schlimmste aber war, dass man mich dieses Datum lehrte.
Ich musste es auswendig lernen.
Eine ganze Unterrichtsstunde lang nannte man uns
Die Namen der Vertragspartner von Berlin,
Ihre außergewöhnlichen Fähigkeiten,
Ihr diplomatisches Geschick,
Die Beweggründe, die hinter einem jeden standen.
Vor unseren unbeweglichen Gesichtern breitete man die Folgen aus:
Die Befriedung Afrikas,
Die Wohltaten der Zivilisation in Afrika,
Den Mut der Forscher,
Den selbstlosen Humanismus,
Aber niemand,
Absolut niemand wies hin auf die Beleidigung,
Auf die Schmach, die uns überall begleitete.*

- unterwegs -

Mall of Shame: Ein typisches Beispiel für die Ausbeutung von migrantischen Arbeiter*innen in Europa. Für den Bau des Shoppingcenters „Mall of Berlin“ haben verschiedene Subunternehmen hunderte migrantische Arbeiter für kaum sechs Euro Stundenlohn zehn Stunden am Tag schufteten lassen. Am Ende wurde nicht einmal dieser rechtswidrig niedrige Lohn vollständig an die Arbeiter ausgezahlt. Die geprellten Arbeiter kämpfen bis heute um ihren Lohn. ...

Bundesfinanzministerium: Das Ministerium ist ein zentraler Akteur für die Konzerninteressen in Afrika. Es richtet die Afrika-Konferenz am 12./13. Juni aus. Dort sollen Wege geebnet werden, die den internationalen Investoren ein Engagement in Afrika schmackhaft machen.

Station 6: BMZ

Bereits seit mehr als 15 Jahren verhandelt die EU mit vielen afrikanischen Regierungen über Freihandelsabkommen, über die sogenannten „Economic Partnership Agreements“ (EPAs).

Durch den Abbau von Zöllen wird das Agrardumping aus der EU nach Afrika steigen und die dortige Landwirtschaft weiter ruinieren.

So werden in Afrika lokale Märkte zerstört, damit noch mehr Produzent*innen ihrer Lebensgrundlage beraubt und zur Migration gezwungen.



Discours sur les accords de partenariat économique

Pour faire cours, les accords de partenariat économique sont des accords commerciaux visant à développer le libre-échange entre l'UE et les pays dit Afrique Caraïbes Pacifique (ACP). Ils prévoient la suppression immédiate des droits de douane sur les produits provenant des pays ACP et la suppression progressive des droits de douane sur les $\frac{3}{4}$ des produits originaires des pays de l'Union Européenne sans possibilité de les rétablir plus tard, même si les lois des pays ACP en matière d'importation venaient à changer. Les accords prévoient également un volet d'aide au développement par l'octroi des financements dans les domaines suivants : infrastructures, agroalimentaire, industrie et juridique.

Dans cette courte définition, se trouve toute l'âme de l'accord. En réalité, l'Europe n'a pas besoin des Accords ACP pour poursuivre sa croissance. En supprimant les exportations européennes vers l'Afrique, l'Europe ne perdrait pas grand-chose. Elle ne peut se passer en retour de certains produits

africains, notamment le Café ou la Cacao ou le pétrole. Les exportations africaines représentent environ 3% des importations européennes. Ceci montre bien que l'Afrique est loin d'être un partenaire clé ou incontournable. Alors pourquoi les accords? Est-ce par souci du bien-être du continent africain?

Les APE ne sont qu'une nouvelle perfusion que l'UE propose aux pays africains. C'est du poisson définitivement péché qu'elle leur donne à manger au lieu de les apprendre à pêcher. Si les accords prévoient la suppression progressive des droits de douane sur les produits en provenance de l'UE, les Européens savent bien que même en accordant 50 ans à l'Afrique, elle ne parviendra pas à rattraper son retard. Car elle est bloquée de tous les côtés. Elle est au cœur d'une nouvelle guerre froide qui ne s'est pas encore déclarée, ou qui n'est pas encore officielle : celle de l'Occident contre la Chine. Elle est étouffée par les multinationales Européenne et chinoise qui ne tolèrent point la concurrence. Elle est encore colonisée, elle n'a pas de monnaie. C'est à dire elle n'a aucune autonomie. Elle est comme un être dont le cœur a été arraché par un maître qui le conserve et en profite pour lui dicter la conduite à tenir. Si elle refuse, il détruira le cœur et l'être mourra. Les pays de l'Union européenne savent bien que dès que l'Afrique supprimera les taxes douanières, elle sera inondée par les produits en provenance de l'Europe. Une telle inondation aura pour conséquence, une baisse rapide des ventes des produits locaux et donc des recettes. Ce qui entraînera en peu de temps un accroissement du taux de pauvreté, du chômage et en fin de compte un accroissement de l'immigration.

Les APE que l'UE force les pays d'Afrique d'accepter est un venin qui les rongera pendant de longues années. L'UE est tellement résolu à faire signer ces accords, qu'elle a opté comme technique de diviser l'Afrique pour mieux faire accepter ses règles. C'est pour cela que cet accord, est proposé maintenant selon les Zones. Les discussions sont engagées avec les pays de l'Afrique de l'Ouest, puis de l'Afrique Centrale, Méridionale etc... Les pays qui font office de leader comme l'Afrique du Sud ou le Nigeria et qui demandent un rejet pure et simple des accords sont isolés. Les pays Européens savent bien que cet accord est défavorable à l'Afrique, mais ils ont besoin de combattre la Chine dont les produits le plus souvent moins chers semblent répondre aux attentes de la population noire Africaine, pauvre et démunie.

Pourtant, nous savons tous, que le meilleur APE que l'UE pourrait accorder à l'Afrique, serait de légaliser les nombreux migrants sans papier qui sont sur le territoire Européen, traqués comme des voleurs et déportés sans sommation vers des pays où les chances de survie sont proches de zéro. Si l'UE veut être l'ami de l'Afrique, qu'elle supprime les barrières qui freinent la libre circulation des hommes plutôt que supprimer les barrières qui freinent la circulation des marchandises. Les APE dont nous avons besoin c'est la suppression des déportations, vers les pays d'Afrique. Car ce que le migrant apporte à sa communauté est bien plus grand que les aides économiques que l

l'Union européenne dit accorder à l'Afrique chaque année, sous le couvert des menaces et en revendiquant des contre parties suffocantes pour le gouvernement et le peuple.

Le riche se dit toujours que ce dont le pauvre a besoin, c'est de sa richesse. C'est pourquoi, ces APE promettent des aides financières dans divers domaines. Vraiment il faut que vous arrêtez de mentir, il faut que vous arrêtez de nous prendre pour des cons. Depuis 60 ans, depuis les indépendances des Etats Africains, l'Europe accorde des prêts à une Afrique qui tend infiniment la main. Mais qu'est ce que cet argent a réellement apporté dans nos pays ? Qu'est ce que les nombreux prêts et les nombreuses aides financières qui ont conduits nos pays vers un endettement que cinquante générations risquent de ne pas rembourser ont apporté à l'Afrique. N'ont-elles pas plutôt remplacé la solidarité par l'Egoïsme et l'indifférence ? Le partage par la corruption ? Et le dialogue sain par les guerres, les meurtres politiques, la suppression des libertés individuelles ? L'Afrique, malgré les nombreux accords et les aides qui n'en finissent pas n'est-elle pas toujours à la traîne, en retard, sous-développée ? La solution au problème de l'Afrique n'est sans doute pas dans les perfusions empoisonnées que l'Europe donne à l'Afrique sous prétexte de la soigner; elle est ailleurs. Cela m'étonne que l'UE n'ait pas encore compris que l'argent ne règle pas tous les problèmes. Ce n'est pas de votre argent dont l'Afrique a besoin, du moins sous la forme finie prête à être dépensé. Nous avons besoin d'indépendance, nous avons besoin de nous déplacer à notre guise, de voir revenir nos cerveaux chez nous pour contribuer à notre développement, nous avons besoin de trouver par nous même notre chemin,

Les accords de partenariat économique ne sont pas la solution, ils sont le problème. Ils sont un véritable mensonge. L'Afrique ne se développera pas seulement en comptant sur ses produits agricoles, dont elle a peine à vendre ici en Europe. Depuis que vous êtes ici, combien de fois avez-vous consommé un produit made in Cameroun ou bien made in Burkina Faso ou bien made in Nigeria. Dites le moi combien de fois, car moi, je n'en ai jamais consommé. Et les rares fois que j'ai consommé un produit venant du Ghana, c'était de l'huile rouge ou des légumes spéciale que les européens ne consomment pas. Or en Afrique, je consommais tous les jours les produits en provenance de l'Allemagne ou de la France. C'est dire que les européens ont la possibilité d'exporter plus de produits chez nous et en moins de temps que nous. Nous n'avons pas de super industrie Agro Alimentaire, ni d'industrie lourde, ni d'industrie aéronautique. Nous n'avons que notre sous sol malheureusement avec des richesses que nous sommes incapable d'exploiter et d'en profiter. Et nous comptons sur le droit de douane pour renflouer nos caisses et financer notre économie.

Pour terminer, nous disons non à ces accords. Les seuls accords de partenariat Economique que nous acceptons, c'est la suppression des

déportations et la légalisation des sans papiers qui sont sur le territoire Européen, le véritable partenariat serait que vous nous rendez notre indépendance, monétaire, économique et politique, enfin que vous cessez de prendre nos terres pour des champs de batailles.

Ziel: O-Platz

Wir machen hier den Abschluss unserer Demo in Würdigung der Kämpfe der Refugees vom O-Platz. ...



Greeting note: Women in Exile Against African partnership

The European Union is making all sorts of pacts with friendly and unfriendly countries to stop refugees from entering European countries. It is a pity that African countries are partnering and becoming part and parcel of these pacts. African leaders are writing down a history of being responsible for the millions of their nationals' deaths because of their greediness and power egoism.

Stop imposing your dirty deals by jeopardizing human lives.

Stop imposing your so-called Marshall plan for Africa and other racist treaties such as Valetta, Dublin or the Frontex on us and then look on the other side as refugees drown in the Mediterranean or endanger their lives as they try to jump over the walls build inside our continent making a fortress Europe.

Is this repression or partnership?!

European powers will continue using their divide and rule policies, watch people die when crossing deserts and seas and of course plead their innocence in the name of protecting their territories and cultures. What we are experiencing is a first degree of the modern day neo-colonialism, racism and dictatorship from European countries. They are taking everything in one hand, our natural resources, land and brain draining our society in exchange of poverty and guns to kill ourselves. Women and children are the ones most affected by these policies, if we talk about climate issues, the big multinational companies, land grabbing, the list is endless. These are just but a few of the reason why we leave. The corrupt regimes in our countries supported by the same governments deporting us, life is becoming unbearable. We are asking all the governments' making pacts with Europeans to stop collaborating in stopping migration as they are part of this exodus. These regimes should reflect on why so many people are leaving, instead of helping the European governments to violently deport us.

We are talking of people who are traumatized from their journeys and lives. We are talking of people who gave their all, to pursue all types of safety for themselves and their families. We are talking of people who have lost everything because of man-made catastrophes. We are talking about human beings!

Stop collaborating with European countries to destroy our lives in the name of partnership.

They see a wave of refugees and we see a wave on which the German Chancellor is surfing from one African country to another, wooing partners to help in building a fortress Europe. As the world focus on condemning Trump's rhetoric on his immigration policies, African governments and the European governments are practically collaborating in same policies of deportation and building walls. Deportations are violent and a risk to the refugees lives. Deportations are the worst type of human trafficking and smuggling in Deutschland because refugees are seized in the middle of the night, handcuffed and escorted to airports and forced into airplanes. Yet some of these pacts, we are told, are to eliminate, hunger, traffickers and smugglers.

How long will we exchange people's dignity for profits?

We demand:

Stop Deportation!!! Right to come, Right to go and Right to stay!!!